

Antrag

der Abg. Katrin Steinhülb-Joos u. a. SPD

Die Umsetzung des Investitionsprogramms Ganztagsausbau Grundschule in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele finanzielle Mittel aus dem Investitionsprogramm Ganztagsausbau Grundschule bis zum 1. Juli 2025 in Baden-Württemberg abgerufen wurden (bitte unter Angabe der absoluten Zahlen und der Zahlen in Prozent);
2. wie viele finanzielle Mittel bis zum 1. Juli 2025 gebunden waren (bitte unter Angabe der absoluten Zahlen und der Zahlen in Prozent);
3. wann die entsprechenden Richtlinien für das Investitionsprogramm Ganztagsausbau Grundschule erlassen wurden;
4. falls bisher wenige Mittel aus dem Investitionsprogramm Ganztagsausbau Grundschule in Baden-Württemberg abgerufen wurden, welche Gründe sie hierfür sieht;
5. welche unterstützenden Maßnahmen (beispielsweise zusätzliche Landesmittel), unter anderem aufgrund der finanziellen Situation der Kommunen, von der Landesregierung von Baden-Württemberg bisher ergriffen wurden;
6. welche Einigung es mit den kommunalen Schulträgern aktuell bezüglich der Betriebskosten der Ganztagsbetreuung gibt;
7. ob sie plant, zeitnah Qualitätsstandards für die Ganztagsbetreuung im Rahmen des Rechtsanspruchs zu definieren;
8. wie viele Stellen aktuell in der Schulverwaltung zur Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern eingesetzt sind, insbesondere unter Darstellung, wie viele zusätzliche Stellen hierfür geschaffen wurden;
9. wie sich die Zahl der Ganztagschulen in den vergangenen drei Schuljahren in Baden-Württemberg hinsichtlich der pro Schuljahr neu hinzugekommenen und weggefallenen Ganztagschulen sowie nach Ganztageschulen in gebundener Form und in Wahlform entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahr);
10. welche Gründe sie dafür sieht, dass das Ausbauziel, dass 70 Prozent der Grundschulen bis 2023 in Ganztagschulen umgewandelt werden sollten, bisher nicht erreicht wurde;
11. wie viele zusätzliche Lehrkräftestellen benötigt werden, um alle Ganztagschulen im kommenden Schuljahr mit ausreichend Lehrkräften zu versorgen, insbesondere unter Darstellung, wie viele zusätzliche finanzielle Mittel hierfür veranschlagt sind;

12. aus welchen Gründen in der Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums zur Ganztagsgrundschule und zum Ganztagsbetrieb an Grundstufen von sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt Lernen die Lehrkräfteversorgung der Ganztagschulen unter Ressourcenvorbehalt gestellt und nur „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel“ gewährleistet werden soll;
13. welche Ausbauquote sie für die gebundene Ganztagschule in Baden-Württemberg in welchem Zeitraum anstrebt;
14. ob die im Startchancen-Programm eingestellten Investitionsmittel der Säule I vollständig für die jeweiligen Startchancen-Schulen ausgegeben werden, insbesondere unter Darstellung, ob diese Mittel gegebenenfalls auch für andere Maßnahmen verwendet werden.

22.8.2025

Steinhilb-Joos, Dr. Fulst-Blei, Kenner, Ranger, Rolland SPD

Begründung

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab dem Jahr 2026 ist ein wichtiger Meilenstein. Der Bund unterstützt die Länder beim Ausbau unter anderem mit dem Investitionsprogramm Ganztagsausbau Grundschule. Dieser Antrag möchte erfragen, wie es aktuell um den Mitteabruf dieses Programms in Baden-Württemberg bestellt ist.